



Ausschuss für Bauen und Verkehr

18. Sitzung (öffentlich)

27. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Haushaltsstrukturgesetz 2006

2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Der Ausschuss führt zunächst eine Aussprache zum Thema des Tagesordnungspunktes durch und fasst sodann über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP, betreffend eine Neufassung des § 10 des Haushaltsbegleitgesetzes folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag von CDU und FDP zur Neufassung des § 10 Haushaltsbegleitgesetz 2006 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

2 Aktuelle Viertelstunde

6

Der Ausschuss führt zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Aussprache durch.

3 Flughafen Paderborn/Lippstadt stärken - Regionalen Verdrängungswettbewerb stoppen - Kooperation der Flughäfen Kassel-Calden und Paderborn-Lippstadt fördern 8

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1025

In Verbindung damit:

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1082

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1082 wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/1025 wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei zwei Enthaltungen aufseiten der SPD-Fraktion angenommen.

4 Kleinstaaterei beim Flughafenausbau in NRW stoppen - Subventionslöcher schließen 13

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1029

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, eine Anhörung durchzuführen. Über Einzelheiten soll im Sprecherkreis beraten werden.

- 5 Erhöhte Bundesverkehrsinvestitionen werden in Nordrhein-Westfalen dringend benötigt - die Landesregierung muss sich beim Bund für diese Mittel mehr engagieren!** 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1188

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/1188 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltungen durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

- 6 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken** 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

Der Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1193 wird nach kurzen Stellungnahmen aus den Fraktionen einvernehmlich ohne Votum in den federführenden Ausschuss überwiesen.

- 7 Regionalisierungsmittel** 15

Zum Thema des Tagesordnungspunktes wird kein zusätzlicher Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr gewünscht. Wortmeldungen aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

- 8 Flughafen Essen/Mülheim** 15

Einem Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) schließt sich eine Aussprache an.

9 Mieterschutz nicht ohne Not aufweichen! 18
- die von der neuen schwarz-gelben Landesregierung geplante Aufhebung der Kündigungssperrfristverordnung führt zur einschneidenden Verschlechterung des Mieterschutzes!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/120

In Verbindung damit:

Neuanfang in der Wohnungsbaupolitik - Mehr Markt und weniger Bürokratie

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/157

Ausschussprotokoll 14/104

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/120 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum vom SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/157 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

10 Energiewirtschaft und Industrie beim Emissionshandel entlasten, Bauwirtschaft und Handwerk ankurbeln 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1187

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/1187 ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu überweisen.

11 Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen NRW 21

Ausschussprotokoll 14/115

Der Ausschuss führt eine kurze Aussprache zum Thema des Tagesordnungspunktes durch.

12 Heranziehung der Eigentümer vermieteter Einfamilienhäuser zu Abfallbeseitigungsgebühren 21

Vorlagen 14/263 und 14/294

Der Ausschuss fasst einvernehmlich folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr sieht in Kenntnis der Sach- und Rechtslage keine Veranlassung, eine Initiative des Landes auf Änderung des maßgeblichen Bundesrechts im Sinne des Anliegens der Petentin in Betracht zu ziehen.

13 Auswärtige Termine 21

Auswärtige Termine betreffend Sitzungen mit einem Vertreter der Deutschen Bahn AG und am Flughafen Paderborn/Lippstadt werden im Sprecherkreis geregelt.

Staatssekretär Günter Kozlowski (Ministerium für Bauen und Verkehr) betont die Absicht des Hauses, jeden möglichen Beitrag zur Sachverhaltsaufklärung zu leisten. Allerdings könne nicht jede während der Anhörung geäußerte Kritik an einer einzelnen Maßnahme rechtlich aufgearbeitet werden. Die Abweichungen zu den Voten der Regionalräte werde das Haus kommentieren können. Für einen Gesprächskontakt, wie ihn der Abgeordnete Rasche formuliert habe, stehe das Haus gerne zur Verfügung.

Prof. Stürer aus Münster, so **Oliver Keymis (GRÜNE)**, habe bezüglich eines neuen Gesetzesvorschlages Ausführungen gemacht. Wie schätze die Landesregierung einen solchen Vorschlag ein? - Das Einvernehmen lasse sich im Übrigen nur auf der Grundlage des Sitzungsprotokolls herstellen.

Bernd Schulte (CDU) bittet vor dem Hintergrund der Einlassung des Abgeordneten Keymis zu gewährleisten, dass das Protokoll so rechtzeitig vorgelegt werde, dass nicht die Nichtvorlage des Protokolls zum Anfechtungsgrund im weiteren Verfahren werden könne. - **Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken** erwidert, mit dem Sitzungsdokumentarischen Dienst sei ein Verfahren vereinbart worden, dass eine Zurverfügungstellung des Protokolls per 8. Mai sicherstelle. Damit stehe das Protokoll auch rechtzeitig zur Sitzung am 11. Mai zur Verfügung.

Der **Ausschuss** tritt sodann in die **Beratung** seiner **Tagesordnung** ein:

1 Haushaltsstrukturgesetz 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen betreffend eine Neufassung des § 10 Haushaltsgesetz 2006 äußert sich zunächst **Bernd Schulte (CDU)**: Bei der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs stehe eine grundlegende Neuordnung an. Damit im Zusammenhang stehe eine umfangreiche Revision der Regionalisierungsmittel in Berlin. Offen sei allerdings noch, ob in Berlin die geltenden Eckwerte des Haushaltsgesetzes 2006 umgesetzt würden. Möglicherweise folge die Bundesregierung auch dem Petition der Ländervertreter, sodass eine grundlegende Veränderung bei den Regionalisierungsmitteln zu erwarten sei. Dem habe sich Nordrhein-Westfalen anzupassen. Über eine Reduzierung der abrechnungsfähigen Tage nach § 45 a des Personentransportgesetzes im Landeshaushalt 2006 solle für 2007 eine Teilkompensation herbeigeführt werden: 20 Millionen € der Regionalisierungsmittel sollten eingesetzt werden, damit den Nahverkehrsunternehmen auf der Grundlage der geleisteten Betriebskilometer ein Ausgleich gewährt werden könne. Damit dieses Vorhaben im Zuge der Revision der Regionalisierungsmittel Bestand habe, müsse der § 13 des ÖPNV-Gesetzes geändert werden.

Dieter Hilser (SPD) bittet das Ministerium um Auskunft darüber, mit welchen Auswirkungen zu rechnen sei, sollte die Finanzverteilung auf der neuen Grundlage erfolgen.

Durch eine Umverteilung der Mittel müssten an anderer Stelle eigentlich weniger Mittel als bisher zur Verfügung stehen. Welche „Gewinner“ beziehungsweise „Verlierer“ gebe es bei der Beschlussfassung im Sinne des Antrags?

Im Erlass vom Dezember 2005, legt **Oberamtsrat Wille (Ministerium für Bauen und Verkehr)** dar, habe das Haus bereits angekündigt, dass es um eine Reduzierung der ausbildungsnotwendigen Tage gehe. Man wolle die pauschale Investitionsförderung nach § 13 des ÖPNV-Gesetzes um 20 Millionen € erhöhen. Mit ihrem Antrag ziele die Koalition darauf ab, mit diesem Betrag die Mittel abweichend vom gesetzlich festgelegten Schlüssel zu verteilen. Die Mittel sollten ausschließlich auf der Basis der gefahrenen Kilometer unabhängig davon verteilt werden, ob es sich um eine U-Bahn, eine Straßenbahn, einen O-Bus, einen normalen Bus oder einem Gelenkbus handele.

Die Folge sei, dass die Mittel anteilig stärker in den ländlichen Raum fließen als bei der regulären Verteilung.

Oliver Keymis (GRÜNE) moniert, dass im Sachzusammenhang offensichtlich die Koalition der Erneuerung der Bürokratie am Werk sei. - Trotzdem halte er seinen Vorwurf der Umverteilung aufrecht. Bei der Gelegenheit erinnere er an die Kritik des zuständigen Ministers, der die nichtordnungsgemäße Verwendung der Regionalisierungsmittel in anderen Bundesländern angeprangert habe. Problematisch sei nach seiner, Keymis, Einschätzung, dass bei der Fahrzeugneuanschaffung reduziert werde. Das Verfahren gegen zulasten der Kommunen. Dass Schülerinnen und Schüler mit Bus und Bahn nur noch zur Schule fahren sollten, bedeute ein falsches Signal.

Eigentlich müssten zum Haushaltsbegleitgesetz angesichts der beschriebenen Vorgänge die kommunalen Spitzenverbände zumindest schriftlich angehört werden, seien sie doch von den Folgen direkt betroffen.

Auch bei der gestrigen Anhörung, bemerkt **Dieter Hilser (SPD)**, habe der Kosten-Nutzen-Quotient mit Blick darauf eine Rolle gespielt, welche Auswirkungen es habe, wenn man von der kapazitätsorientierten Mittelvergabe auf Kilometerentfernungen umstelle. - Mit welchen Konsequenzen hätten beispielsweise der VRR und der Verbund Ruhr-Lippe zu rechnen?

Bernd Schulte (CDU) betont, die neue Koalition arbeite auf der Grundlage der von der Vorgängerregierung geschaffenen Gesetze. Für das Jahr 2007 müsse eine Übergangslösung gefunden werden, die ein Hineingleiten in die Neuregelung der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Jahr 2008 erlaube. Durch eine notwendige Reduzierung der Nichtbetriebstage im öffentlichen Nahverkehr entfielen unterschiedliche Belastungen auf den ländlichen und den städtischen Raum. In der Übergangsphase solle aktuell ein Ausgleich für den ländlichen Raum geschaffen werden. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung korrespondiere mit dem von der Koalition vorgelegten Antrag.

Horst Becker (GRÜNE) kommt auf die Folgen für den ländlichen Raum zu sprechen: In der Tat treffe das Vorhaben den ländlichen Raum nämlich ganz besonders. Der in Rede stehende Betrag von 20 Millionen € könne nur für einen Teilausgleich sorgen. Im Übrigen habe die neue Landesregierung die Schülerbeförderungstage von 240 auf ca. 200 Tage gekürzt. Dem habe sich auch der Landkreistag zugewandt und festgestellt, dass durch die 20 Millionen € ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand im Verhältnis zwischen Aufgabenträgern, konzessionierten Unternehmen und Subunternehmen entstehen werde. Nicht erkennbar sei, auf welcher Grundlage die Verteilung der Mittel erfolge und auf welchem Wege der überproportionalen Belastung des ländlich strukturierten Raumes Rechnung getragen werden solle.

In der Tat werde der ländliche Raum erheblich benachteiligt. Die Opposition werde vor Ort klar machen, dass sich eine überproportionale Verschlechterung einstellen werde.

Christof Rasche (FDP) erinnert daran, dass sich der Haushalts- und Finanzausschuss im Rahmen einer Anhörung bereits mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Die Umsatzrendite der Unternehmen im ländlichen Raum hänge zu 70 % von den Schülerverkehren ab. Im großstädtischen Bereich liege diese Quote bei 30 %. Die Koalition wolle mit ihrem Vorschlag einen Ausgleich schaffen.

Erklärungsbedürftig bleibe, legt **Dr. Axel Horstmann (SPD)** dar, weshalb die Koalition, die angetreten sei, um über eine Pauschalierung von Mitteln für eine Vereinfachung zu sorgen, nunmehr einen zusätzlichen Förderbestand einführen wolle. Die Koalition befrachte die Regionalisierungsmittel. Ausweislich des Vorschlags der Koalition stehe es im Belieben der Exekutive, einen Verfahrensweg einzuschlagen. Der Textvorschlag erwähne nicht ausdrücklich den ländlichen Raum.

Welche Verteilungswirkung habe die Koalition/Landesregierung im Blick? Er bitte um einen Kommentar zur Änderung der Regelung im § 13 Abs. 4 ÖPNVG NRW.

Die Behauptung des Abgeordneten Horstmann, widerspricht **Minister Oliver Wittke (Ministerium für Bauen und Verkehr)**, die Landesregierung habe einen neuen Förderatbestand eingeführt, treffe nicht zu. Vielmehr sei ein alter Förderatbestand neu akzentuiert worden. Die Verteilungswirkung werde deshalb nicht expressis verbis ins Gesetz hineingeschrieben, weil der alte Vorschlag in der bisherigen Systematik bleibe und das Land anders als in der Vergangenheit auf Bundesebene „nicht unangenehm auffallen wolle“.

Für Städte mit deutlich weniger als 100.000 Einwohnern werde der Kostensatz für Personenkilometer überproportional erhöht. Der ländliche Raum werde nicht benachteiligt.

Bodo Wißen (SPD) stellt klar, zunächst habe die Landesregierung bei den 45 a-Mitteln gekürzt und sei damit auf Widerstand im ländlichen Raum gestoßen. Das, was die Landesregierung jetzt vorhabe, sei eher eine Beruhigungsspielle. Wäre es der Koalition und der Landesregierung wirklich um den ländlichen Raum gegangen, hätten sie die alte Regelung beibehalten.

Minister Oliver Wittke (MBV) bittet um die Korrespondenz der ländlichen Kommunen/Verbünde, die sich beschwert hätten. Zutreffend sei sicherlich, dass sich einige Verbünde mit den Kürzungen im Rahmen der Regionalisierungsmittel auseinander setzen. Sein Haus habe den Ausgleich im Übrigen von Anfang an gekündigt.

Bodo Wißen (SPD) interessiert die Genese: Habe das Ministerium zunächst beschlossen, die 45 a-Mittel zu kürzen, und anschließend eine Gesetzesvorlage zur Kompensation vorzulegen?

Schon Ende des vergangenen Jahres, erwidert **Minister Oliver Wittke (MBV)**, habe er angekündigt, dass es eine Kürzung geben werde. Allerdings sollten Möglichkeiten erörtert werden, um für Ausgleichsmaßnahmen zu sorgen. Die Lösung liege heute vor. Kritik vonseiten von Verkehrsunternehmen beziehungsweise -verbänden sei ihm nicht bekannt.

Nach Einschätzung von **Horst Becker (GRÜNE)**, betreibt Minister Wittke ein Verwirrspiel: Zunächst würden bei den Schülerbeförderungskosten 27 Millionen € gekürzt und gleichzeitig 20 Millionen € bei den Regionalisierungsmitteln des Landes entzogen, um die zuvor erwähnte Kürzung auf 7 Millionen € zu reduzieren. Unter dem Strich fehlten dennoch 27 Millionen € im ÖPNV.

Ob Minister Wittke von der Bundesregierung getadelt werde, vermöge er, Becker, nicht zu beurteilen. Dass sich Verkehrsunternehmen bisher noch nicht zurückgemeldet hätten, liege wohl daran, dass ihnen aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs die in Rede stehende Information noch nicht vorliegen könne.

Der Landkreistag habe sich schon geäußert und beschäftige sich insbesondere damit, dass das Land in diesem Jahr einmalig 20 Millionen € bereitstellen werden, um Kürzungen abzumildern. Der Landkreistag werde den geplanten Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nicht zustimmen, weil es zu einer Verschiebung von Lasten auf die kommunale Ebene und insoweit zu einer überproportionalen Belastung des kreisangehörigen Raums komme.

Bernhard Schemmer (CDU) macht darauf aufmerksam, der ländliche Raum habe SPD und Bündnis 90/Die Grünen während deren Regierungszeit überhaupt nicht interessiert. Die Koalition habe seinerzeit systematisch am ländlichen Raum vorbeigearbeitet. Dem Landkreistag sei die Kompensation in Höhe von 20 Millionen € durchaus bekannt gewesen. Das Bemühen der Landesregierung werde deutlich, nicht wieder den ländlichen Raum einseitig zu belasten, sondern für eine geordnete Verteilung zu sorgen. Dass die Kürzungen in geeigneter Form kompensiert würden, habe das Ministerium den Verbänden schon im Dezember vergangenen Jahres mitgeteilt. Er gehe davon aus, dass die gefundene Lösung zumindest für einen Übergangszeitraum gut sei. Bekanntermaßen werde der Bund noch im Laufe des Jahres über die zukünftige Gestaltung der Regionalisierungsmittel informieren. Nordrhein-Westfalen werde seine Konsequenzen ziehen.

Der Erlass vom Dezember letzten Jahres, so **Minister Oliver Wittke (MBV)**, liege SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Seit dem Zeitpunkt sei bekannt, dass es einen Ausgleich in Höhe von 20 Millionen € geben solle. Deshalb hätten sich weder die Verkehrsbetriebe noch die -verbände empört.

Bodo Wißen (SPD) stellt klar, seine Partei verstehe sich als Partei für a l l e Bürger in Nordrhein-Westfalen. Es sei vielmehr die aktuelle Regierung, die die Schülerbeförderungstage im Jahr des Kindes 240 auf 200 heruntergefahren habe.

Nur deshalb komme die diskutierte Problematik auf. Sei zuerst gekürzt worden und anschließend das neue Gesetz entstanden?

Minister Oliver Wittke (MBV) sieht die Frage als beantwortet an: In dem bereits erwähnten Erlass sei festgelegt worden, dass es einen Ausgleich von 20 Millionen € geben werde.

Der **Änderungsantrag** von CDU und FDP betreffend eine Neufassung des § 10 Haushaltsbegleitgesetz 2006 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

2 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Stauvermeidungskonzept der Landesregierung

Berichts-anforderung der SPD-Fraktion

Dieter Hilser (SPD) macht auf eine Mittelung aus der Presseschau aufmerksam, nach der Minister Wittke für den morgigen Freitag eine Pressekonferenz zum „Stau-management“ anberaume habe. Diese Konferenz sei nach seinem, Hilsers, Kenntnisstand aus terminlichen Gründen abgesagt worden. Der Minister solle dennoch in der heutigen Sitzung vortragen.

Minister Oliver Wittke (MBV) teilt mit, den Bericht könne er wegen noch ausstehender Abstimmungsnotwendigkeiten mit dem Bund nicht erstatten. Sobald die Abstimmung erfolgt sei, werde er dem Parlament den Bericht der Landesregierung zum Stau- und Baustellenmanagement in Nordrhein-Westfalen vorlegen. Diese Vorlage könne auch unabhängig von einer Ausschusssitzung erfolgen.

Gegenüber den Medien, führt **Dieter Hilser (SPD)** aus, habe das Ministerium schriftlich mitgeteilt, die Pressekonferenz müsse aus „terminlichen Gründen“ abgesagt werden. Somit habe der Minister die Medien falsch informiert.

Dem sei keineswegs so, erwidert **Minister Oliver Wittke (MBV)**. Es handele sich um eine Terminverschiebung, weil die noch offenen Fragen eigentlich mit dem Bund früher hätten geklärt werden sollen.

